

Sozial- und Bildungsbericht; TOP 10 – 21/05/2026

Es ist wichtig, dass der vorliegende Sozial- und Bildungsbericht Handlungsfelder und strategische Ziele beschreibt, nur so kann aus einem Zahlenfriedhof ein Konzept zur Verbesserung der Situation in Rastatt werden. Nur so können wir gestalten und nicht nur zur Kenntnis nehmen.

Und wir sehen auch, was geht und was geht eben auch nicht geht. Damit kann man steuern, dass über das „realistisch Mögliche“ diskutiert wird, und nicht Themen, die außerhalb unseres Zuständigkeiten liegen, im Mittelpunkt stehen. Wo sind wir operativ am Zug und wo können wir nur unterstützen?

Es ist sehr gut, dass die Ziele auch immer bereits vorhandenen Konzepten zugeordnet werden. Auch das fast vergessene Stadtentwicklungskonzept wird wieder einmal aus seinem Schubladendasein erlöst. Dadurch lässt sich leicht beurteilen, was wir bereits tun und wo noch Lücken sind. Damit wird aber auch gleichzeitig die klare Zuständigkeit der einzelnen Themenfelder zugewiesen.

Ein Monitoring über leicht zugängliche Zahlen ist ideal. Man braucht keine aufwändigen Erhebungen und die Indikatoren sind einfach zu interpretieren. Reviews sind nötig. In welchen Zeitabständen sie sinnvoll sind, muss die Praxis zeigen. Da warten wir auf Vorschläge aus der Praxis.

Wie bereits im Ausschuss präsentiert, müssen jetzt die Ziele der einzelnen Handlungsfelder mit dem Status Quo abgeglichen und Maßnahmen entwickelt werden. Was machen wir schon? Was müssen wir noch machen? Bei welchen Punkten sind wir als Stadt überfordert bzw. auf andere angewiesen, wie z.B. HF 4 und in Teilen 3 und 5? (s. S. 5)

Über jedes Handlungsfeld könnte man eine eigene Klausurtagung machen, deshalb kurz, wo unsere Fraktion die Schwerpunkte sieht. Natürlich beim HF1/Z1. Die GWA sehen wir als wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen in Rastatt und der Verwaltung. Deshalb dürfen wir die Frage, ob GWA in der Innenstadt eingerichtet werden soll oder muss, nicht ad acta legen.

Mit dem Thema Wohnen sollte sich der Gemeinderat dringend mal wieder grundsätzlich befassen. Das ist aus Sicht der Grünen-Fraktion erforderlich, wenn wir

- „eine vorausschauende Wohnraumpolitik“ machen wollen
- „gezielt auf langfristige Sozialbindungen“ achten wollen
- den „eigenen Wohnungsbestand strategisch“ optimieren wollen.

Hier muss „**ABBA**“ gelten: **A**usreichend von der Anzahl her, **B**ezahlbar; **B**arrierearm wegen der demografischen Entwicklung und **A**ngepasst in der Größe. Brauchen wir große Wohnungen für Familien oder kleine Einheiten für Singles? Das alles sind Themen, die eine normale GR-Sitzung sprengen würden.

Auch die Nutzung von „Ankaufsrechte(n) zur Durchsetzung wohnungsmarktpolitischer Ziele“ dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, selbst wenn sich das bei der derzeitigen finanziellen Situation unrealistisch anhört.

Als letztes Thema die frühkindliche Bildung. Der Plan der grün-Schwarzen Landesregierung, das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und damit kostenfrei zu machen, führt in die richtige Richtung.

„Alle Kleinkinder in Rastatt erhalten unabhängig von ihrer Herkunft und sozialen Lage frühzeitig bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Betreuung sowie systematische Sprachförderung, sodass bei Schuleintritt sprachliche Defizite und damit einhergehende Bildungsbenachteiligung deutlich reduziert sind.“ Hier tun wir in Rastatt bereits viel. Manches vielleicht noch nicht effizient genug. Eine aktuelle [Studie der FES](#) (Friedrich-Ebert-Stiftung) zeigt, dass die Schuleingangsuntersuchung wertvolle Hinweise geben kann. Sie wird in manchen Städten bereits als Instrument genutzt.

Dass hier Handlungsbedarf besteht ist spätestens seit der Studie des Unicef-Forschungsinstituts, darin heißt es: „Alarmierend“ sei Deutschlands Abschneiden im Bereich Bildung: Nur 60 Prozent der 15-Jährigen erreichen demnach die Mindestkompetenz in Lesen und Mathematik. Damit liege Deutschland auf Platz 34 von 41 Ländern....“¹

Im Übrigen ist hochwertige Bildung, die für alle zugänglich ist ein Grund dafür, dass andere Länder auf der Glücksskala deutlich weiter oben liegen als die traurigen Deutschen.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung die nun erforderlichen Maßnahmen zumindest für die Ziele, in denen wir operativ Zuständigkeiten haben, bis Ende des Jahres vorlegt und wir sie dann im Haushalt 2027 berücksichtigen können.

Dem Beschlussvorschlag stimmt die Grünen-Fraktion zu.

¹ BT vom 18. Mai 2026